



SHIRIN EBADI

«WENN MENSCHENRECHTE NICHT IN GESETZEN
FESTGEHALTEN ODER VON STAATEN NICHT
UMGESETZT WERDEN, WERDEN DIE MENSCHEN
KEINE ANDERE WAHL HABEN, ALS EINEN
«AUFSTAND GEGEN DIE TYRANNEI UND DIE
UNTERDRÜCKUNG» DURCHZUFÜHREN, WIE DIES
AUCH IN DER PRÄAMBEL DER ALLGEMEINEN
ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE
WIEDERGEGEBEN IST»

Shirin Ebadi gründete das Defenders of Human Rights Center im Iran. Dieses hat zum Ziel, die Rechte der Frauen und Kinder zu stärken und politische Häftlinge sowie Personen, die wegen politischen Vergehen angeklagt werden, zu schützen. Ebadi hat gesehen, wie Frauen im Iran häufig schlecht behandelt werden. Auch selber ist sie wegen ihrer Arbeit für die Menschenrechte diskriminiert und mit Haftstrafen und Exil bedroht worden.

Im Alter von 22 Jahren wurde Ebadi zu einer der ersten Richterinnen im Iran ernannt. Sie war im Begriff, vorsitzende Richterin zu werden, als Schah Mohammad Reza Pahlavi in einer Revolution gestürzt wurde und Ayatollah Ruhollah Khomeini seine Nachfolge antrat. Khomeini schuf einen konservativen Gottesstaat, in dem Frauen und Minderheiten nicht die gleichen Rechte genossen. Infolgedessen wurden Ebadi und alle ihre weiblichen Richterkolleginnen aus ihren Positionen entlassen. Teilweise wurden ihnen tiefere Stellen zugeteilt. Ebadi wurde die Stelle als Sekretärin in jenem Gerichtssaal zugeteilt, in dem sie bis dahin den Vorsitz geführt hatte. Sie verlangte eine frühzeitige Pensionierung und gründete eine Kanzlei, welche sich der Verteidigung von politischen Dissidenten sowie von Frauen und Kindern widmet.

Ebadis Widerstand führte zu mehreren Verhaftungen, festigte aber auch ihre Stellung als eine der berühmtesten Anwältinnen im Iran. Zudem gewann sie dadurch internationale Anerkennung als Verteidigerin der Menschenrechte.

2003 wurde Ebadi für ihre Bemühungen um die Einhaltung der Menschenrechte sowie der Rechte der Frauen, Kinder und der politischen Gefangenen im Iran mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie war die erste Muslimin und erst die fünfte dem Islam angehörige Person insgesamt, welcher der Friedensnobelpreis übergeben wurde.

Shirin Ebadi gründete zudem zahlreiche Nichtregierungsorganisationen im Iran, darunter auch die «Million Signatures Campaign», welche die rechtliche Diskriminierung der Frauen im Iran zu einem Ende bringen will. Zusammen mit der Nobelpreisträgerin Jody Williams gründete Ebadi 2006 die «Nobel Women's Initiative». Im Rahmen dieser Initiative sollen sich Nobelpreisträgerinnen gemeinsam für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Ebadi hat auch zahlreiche Artikel und Bücher über die Menschenrechte im Iran geschrieben. Diese wurden bereits in 14 Sprachen übersetzt.

Auszug von Shirin Ebadi: Vortrag anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2003

Ich fühle mich sehr geehrt, dass meine Stimme heute von diesem angesehenen Ort aus die Menschen der Welt erreicht. Diese grosse Ehre wurde mir vom norwegischen Nobelkomitee verliehen. Ich grüsse den Geist von Alfred Nobel und begrüsse alle wahren Nachfolger auf diesem Weg.

Dieses Jahr wurde der Friedensnobelpreis einer Frau aus dem Iran, einem muslimischen Land im mittleren Osten, verliehen.

Ohne Zweifel wird meine Wahl eine Inspiration für die vielen Frauen sein, die danach streben, ihre Rechte wahrzunehmen, nicht nur im Iran, sondern in der ganzen Region. Rechte, die ihnen im Laufe der Geschichte entzogen wurden. Diese Wahl wird dazu führen, dass Frauen im Iran und auch in der übrigen Welt an sich sel-

ber glauben. Frauen stellen in jedem Land die Hälfte der Bevölkerung dar. Frauen nicht zu berücksichtigen und von der aktiven Beteiligung am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben auszuschliessen, wäre gleichbedeutend mit dem Entzug der Hälfte aller Fähigkeiten bei der gesamten Bevölkerung. Die patriarchalische Kultur und die Diskriminierung der Frauen, vor allem in islamischen Ländern, können sich nicht ewig fortsetzen.

Verehrte Mitglieder des norwegischen Nobelkomitees!

Wie Ihnen sicherlich bewusst ist, wird die Verleihung dieses Preises einen positiven und weitreichenden Einfluss auf die humanitären und strebsamen Bemühungen der Menschen im Iran und der ganzen Region haben. Der Segen dieses Preises wird jeden freiheitsliebenden und Frieden suchenden Menschen einschliessen, ob Frau oder Mann.

Ich bedanke mich beim norwegischen Nobelkomitee für diese Ehre, die mir verliehen wurde, wie auch für den Segen dieser Ehre, der allen friedliebenden Menschen meines Landes zugutekommt.

Heute ist gleichzeitig der 55. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte anerkennt gleich zu Beginn die angeborene Würde jedes Menschen und die gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Menschen als Garant für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden. Sie verspricht eine Welt, in der alle Menschen ihre Meinung frei äussern können und in der die Menschen vor Angst und Armut abgesichert und geschützt werden.

Leider erwähnt der diesjährige Bericht des United Nations Development Programme (UNDP) wie auch bereits in den vergangenen Jahren eine Zunahme von Katastrophen. Diese Katastrophen distanzieren die Menschheit von der idealistischen Welt der Autoren der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. 2002 lebten beinahe 1.2 Milliarden Menschen in grösster Armut und verdienten weniger als einen Dollar am Tag. Über 50 Länder befanden sich im Krieg oder litten unter Naturkatastrophen. 22 Millionen Menschen sind bisher an AIDS gestorben und 13 Millionen Kinder sind wegen AIDS zu Waisen geworden.

Gleichzeitig haben in den letzten zwei Jahren verschiedene Staaten die universell gültigen Menschenrechte verletzt. Als Vorwand für diese Verletzungen haben sie die Ereignisse des 11. September sowie den Krieg gegen den internationalen Terrorismus herangezogen. Die Resolution 57/219 der UNO-Vollversammlung vom 18. Dezember 2002, die Resolution 1456 des UNO-Sicherheitsrates vom 20. Januar 2003 und die Resolution 2003/68 der UNO-Menschenrechtskommission vom 25. April 2003 erklärten und unterstrichen, dass alle Staaten sicherstellen müssen, dass jegliche Massnahmen, die sie zur Bekämpfung des Terrorismus ergreifen, mit ihren Verpflichtungen und dem internationalen Recht im Einklang stehen, vor allem mit den internationalen Menschenrechten und dem humanitären Recht. Allerdings wurden Verordnungen angenommen, welche die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten einschränken sowie spezielle Gremien und ausserordentliche Gerichte geschaffen, welche gerechte Gerichtsbeschlüsse schwierig und manchmal sogar unmöglich machen. Dies wurde unter Vorspiegelung des Kriegs gegen den Terrorismus gerechtfertigt und den entsprechenden Institutionen wurde so Legitimität verschafft.

Die Besorgnis der Menschenrechtsaktivisten nimmt zu, wenn sie sehen, dass internationale Menschenrechte nicht nur von deren bekannten Gegnern unter dem Vorwand der kulturellen Relativität verletzt werden, sondern dass auch westliche Demokratien, d.h. Länder, welche die UN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als erste unterzeichnet haben, gegen die darin enthaltenen Prinzipien verstossen. So wurden während Monaten hunderte Personen im Zuge von militärischen Konflikten verhaftet und in Guantanamo gefangen gehalten. Sie kamen nicht in den Genuss der in den Genfer Konventionen, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgehaltenen Rechte.

Darüber hinaus stellen sich Millionen von Bürgern seit einigen Jahren und vor allem in den letzten Monaten folgende Frage: Weshalb sind einige Entscheide und Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates verbindlich während andere Resolutionen des Rates keine bindende Wirkung haben? Weshalb wurden die Dutzenden in den letzten 35 Jahren erlassenen UN-Resolutionen betreffend die Besetzung von palästinensischen Gebieten durch Israel nicht umgehend umgesetzt? Weshalb wurden der irakische Staat und die irakische Bevölkerung in den letzten 12 Jahren zwei Mal Angriffen, militärischen Überfällen, Wirtschaftssanktionen und schliesslich auch militärischer Besetzung ausgesetzt, das erste Mal gestützt auf eine Empfehlung des Sicherheitsrates und das zweite Mal trotz des Widerstandes des UNO-Sicherheitsrates?

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, etwas über mein Land, meine Region, meine Kultur und meinen Glauben zu erzählen.

Ich bin Iranerin, eine Nachfahrin von Kyros dem Grossen. Er ist der Kaiser, der vor 2'500 Jahren auf dem Gipfel der Macht verkündete «... er würde nicht über die Menschen regieren, wenn sie dies nicht wünschen». Zudem versprach er, niemanden zu zwingen, seine Religion oder seinen Glaube zu wechseln und garantierte allen Menschen die Freiheit. Die Charta von Kyros dem Grossen ist eines der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der Menschenrechte.

Ich bin Muslimin. Im Koran wird zitiert, wie der Prophet des Islams sagt: «Du sollst an deinen Glauben und an meine Religion glauben.» Das gleich heilige Buch sieht die Mission aller Propheten darin, alle Menschen dazu zu bringen, Gerechtigkeit aufrechtzuerhalten. Seit der Ankunft des Islams ist die iranische Zivilisation und Kultur erfüllt von und durchtränkt mit Menschenfreundlichkeit, dem Respekt des Lebens sowie der Religion und des Glaubens anderer, der Verbreitung von Toleranz und Kompromiss sowie der Vermeidung von Gewalt, Blutvergiessen und Krieg. Die Koryphäen der iranischen Literatur, vor allem unserer gnostischer Literatur, von Hafiz, Mowlavi (im Westen besser bekannt als Rumi) und Attar bis zu Saadi, Sanaei, Naser Khosrow und Nezami, sind Botschafter dieser humanitären Kultur. Ihre Botschaft manifestiert sich in diesem Gedicht von Saadi:

Die Söhne von Adam hängen als Glieder aneinander

Sie wurden aus einem Wesen geschaffen

Wenn das Unheil der Zeit ein Glied befällt

Können die anderen Glieder nicht mehr ruhen.

Iraner und Iranerinnen kämpfen seit über 100 Jahren gegen anhaltende Konflikte zwischen Tradition und Moderne. Indem sie sich alten Traditionen zuwenden, versuchten und versuchen einige, die Welt aus den Augen ihrer Vorgänger zu sehen und die Probleme und Schwierigkeiten der heutigen Welt mit der Tugend und den Werten der Alten zu bewältigen. Viele andere möchten mit der Entwicklung der Welt aber Schritt halten und nicht hinter der übrigen Zivilisation, der Entwicklung und dem Fortschritt zurückliegen. Gleichzeitig respektieren sie ihre historische und kulturelle Vergangenheit sowie ihre Religion und ihren Glauben. Die iranische Bevölkerung hat vor allem in den letzten Jahren gezeigt, dass sie die Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten als ihr Recht betrachtet und dass sie über ihr Schicksal selber bestimmen will.

Diesen Konflikt kann man nicht nur im Iran, sondern auch in vielen anderen muslimischen Staaten beobachten. Einige Moslems haben despotische Regierungen unter dem Vorwand, Demokratie und Menschenrechte seien mit den Lehren des Islams und der traditionellen Struktur islamischer Gesellschaften nicht zu vereinbaren, gerechtfertigt und machen dies auch heute noch. Es ist tatsächlich nicht einfach, mittels traditionellen, patriarchalischen und paternistischen Methoden über ein Volk zu regieren, dem seine Rechte bekannt sind.

Der Islam ist eine Religion, dessen erste Predigt zum Propheten mit dem Wort «Rezitiere!» beginnt. Der Koran schwört auf den Schreibstift und auf das, was dieser schreibt. Eine solche Predigt und Botschaft kann mit Bewusstsein, Wissen, Weisheit, freier Meinungsäußerung und kulturellem Pluralismus nicht in Konflikt stehen.

Auch die Diskriminierung der Frauen in islamischen Staaten – sei es im Bereich des Zivilrechts oder im Bereich der sozialen, politischen und kulturellen Gerechtigkeit – hat ihre Wurzeln nicht im Islam, sondern in der patriarchalischen und von Männern dominierten Kultur, welche in diesen Gesellschaften vorherrscht. Diese Kultur lässt keine Freiheit und keine Demokratie zu. Genauso wenig glaubt sie an gleiche Rechte für Männer und Frauen und an die Befreiung der Frauen aus der Vorherrschaft der Männer (Väter, Ehemänner, Brüder, ...). Dies, weil solche Rechte die historische und traditionelle Position der Machthaber und der Vormunde in dieser Kultur bedrohen würden.

Man darf nicht in egoistischer und verachtungsvoller Weise nur an die eigene Sicherheit und die eigene Geborgenheit denken, wenn man die internationalen Gesetze zu den Menschenrechten, darunter auch das Recht der Nationen, über ihre Zukunft selber zu bestimmen, als allgemeingültig betrachtet und wenn man an die Priorität und den Vorrang der parlamentarischen Demokratie gegenüber anderen politischen System glaubt. Dies muss man denjenigen, welche die Idee eines Konflikts zwischen Zivilisationen aufgeworfen oder die Krieg und militärische Interventionen in dieser Region angeordnet und die auf die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Schwerfälligkeit des Südens zurückgegriffen haben, um ihr Handeln und ihre Meinung zu rechtfertigen, sagen. Die UNO muss in Bezug auf künftige Entwicklungen und internationale Beziehungen der Suche nach neuen Mitteln und Ideen höchste Priorität zuordnen, damit die Länder des Südens ebenfalls in den Genuss der Menschenrechte und der Demokratie kommen, gleichzeitig aber ihre politische Unabhängigkeit und territoriale Intaktheit beibehalten können.

Die Entscheidung des Friedensnobelpreiskomitees, den Preis im Jahr 2003 mir zu verleihen, als erster Iranerin und erster Frau eines muslimischen Landes, inspiriert mich und Millionen Iranerinnen sowie Angehörige anderer islamischer Staaten. Wir haben nun die Hoffnung, dass unsere Anstrengungen, Bemühungen und der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte und die Einführung der Demokratie in unseren Ländern die Unterstützung, den Rückhalt und die Solidarität der internationalen Zivilgesellschaft genießen. Dieser Preis gehört allen Menschen im Iran. Er gehört den Menschen islamischer Staaten und den Menschen des Südens. Verliehen wird er für die Einführung der Menschenrechte und der Demokratie.

Meine Damen und Herren, am Anfang meiner Rede sagte ich, dass Menschenrechte Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden garantieren. Wenn Menschenrechte nicht in Gesetzen festgehalten oder von Staaten nicht umgesetzt werden, werden die Menschen keine andere Wahl haben, als einen «Aufstand gegen die Tyrannei und die Unterdrückung» durchzuführen, wie dies auch in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wiedergegeben ist. Ein der Würde und der Menschenrechte beraubter Mensch, ein Mensch, der am Verhungern ist, ein Mensch, der von Armut, Krieg und Krankheit geplagt wird, ein gedemütigter Mensch und ein geplündertes Mensch kann die Rechte, die er verloren hat, nicht nennen oder zurückgewinnen.

Wenn das 21. Jahrhundert sich vom Kreislauf der Gewalt, der terroristischen Handlungen und des Kriegs befreien und die Wiederholung der Ereignisse des 20. Jahrhunderts verhindern will – dem Jahrhundert der meisten Katastrophen in der Geschichte der Menschheit – gibt es keinen anderen Weg, als jedes Menschenrecht zu verstehen und die Menschenrechte für die ganze Menschheit zu verwirklichen, unabhängig von Rasse, Geschlecht, Glauben, Nationalität oder sozialem Status. In Erwartung dieses Tages.